

Stellungnahme der **Fraktion Die Andere der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**
vom 18. Mai 2012

im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom 24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?

In der Konzeption, die bedauerlicherweise ohne jede Konsultation mit den Opferverbänden der zwischen 1933 und 1945 verfolgten Häftlingsgruppen erarbeitet wurde, wird diese Epoche der Geschichte des Hauses in erschreckendem Maße vernachlässigt. Leider ist konzeptionell auch weiterhin nicht vorgesehen, einen Gedenkort für die Opfer des Naziregimes in der Gedenkstätte zu schaffen. Damit fällt die Konzeption noch hinter die bisherige Situation zurück, da das Potsdam-Museum die Schaffung eines getrennten Gedenkbereiches für diese Opfergruppen bereits in Aussicht gestellt hatte. Die gesamte Konzeption ist von der totalitarismustheoretischen Grundannahme durchzogen, dass das NS-Regime, die Sowjetunion und die DDR wesensgleiche Diktaturen sind. Von dieser historisch unhaltbaren Grundthese ausgehend, wird die Geschichte des Hauses als NS-Verfolgungsort gegenüber der Nachnutzung nach 1945 relativiert und marginalisiert. Ein besonderer Mangel der Konzeption ist es, dass zwischen den einzelnen Phasen der Geschichte des Haft- und Gerichtsortes keinerlei Beziehungen hergestellt werden. Unsere Fraktion erwartet von einer seriösen Gedenk- und Erinnerungsstätte, dass in den Ausstellungsteilen deutlich wird, dass die Nutzung nach 1945 ursächlich auf die Verbrechen Nazideutschlands bis 1945 zurückzuführen ist. Dazu sollte differenziert dargestellt werden, dass nach 1945 nicht nur Unschuldige, sondern auch zahlreiche NS-Täter/innen in der Lindenstraße inhaftiert wurden.

2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?

Die Darstellung der NS-Verfolgung muss in der Gedenkstätte endlich Priorität erhalten.

3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?

Der Verlust von Zeitzeug/innen wird sich in der Gedenkstätte zunächst für die Zeit der NS-Verfolgung auswirken, weil dieser Zeitraum am längsten zurückliegt und bereits heute kaum noch Zeitzeugen zur Verfügung stehen. Darum muss die Sicherung von Zeitdokumenten und die Anfertigung von Interviews vorrangig für die NS-Opfer unverzüglich erfolgen.

4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt, wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für

den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit 1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.

Die Fraktion befürwortet die Weiterführung der Gedenkstätte in Trägerschaft einer selbstständigen kommunalen Stiftung. Nur so kann eine politische Unabhängigkeit vom ZZF und der Stadtverwaltung ermöglicht werden. Wir sprechen uns für einen personellen Neuanfang aus. Bei der Ausschreibung sollte besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass im Stellenplan und bei der Besetzung von Personalstellen Historiker/innen berücksichtigt werden, die über Referenzen in der Erforschung der NS-Zeit verfügen.

5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfsitzigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?

Wir sprechen uns für eine Schaffung getrennter Beiräte für die Verfolgungszeiträume vor und nach 1945 aus. Die Beiräte sollten jeweils zu gleichen Teilen aus Vertreter/innen von wissenschaftlichen Institutionen sowie von Opfer- und Interessenverbänden bestehen.